„Englands Demütigung bis in den Staub" bedeutet haben soll, durchaus nicht in eiliger Entrüstung zurückgewiesen habe, wie es nach der Darstellung im Daily Telegraph den Anschein hat, sondern daß es ihn als ein durchaus ernst zu nehmendes diplomatisches Geschäft betrachtet, das sich aus Gründen zerschlug, die mit den kaiserlichen Sympathien für England gar nichts zu tun haben. Deutschland, sagt Delcassé, wäre auf den ihm angebotenen Pakt eingegangen, wenn Frankreich durch Vertrag mit ihm den Statusqo, den durch den Frieden von 1871 geschaffenen Zustand nochmals feierlich anerkannt hätte. Wäre das richtig, dann müßten sich die Vorgänge von 1899 ganz anders abgespielt haben, als sie der deutsche Kaiser in Erinnerung hat. Und das wäre für den deutschen Kaiser und seinen Anhang, den er selbst eine Minderheit des deutschen Volkes nennt, doch sehr peinlich.

Preßstimmen gegen Wilhelm II.

Ein großer Teil der bürgerlichen deutschen Presse ohne Unterschied der Parteirichtung spricht sich mit noch nicht dagewesener Schärfe gegen die Politik Wilhelms II. aus. Das Gefühl, daß durch das herrschende persönliche Regiment die Interessen des Reiches, insbesondere der herrschenden Klassen, gefährdet werden, kommt zum heftigsten Ausbruch. Geändert wird dadurch allerdings nichts werden. Denn solange das deutsche Bürgertum, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, seinen einzigen Feind links in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erblickt und immer nur darauf bedacht ist, bei Krone und Junkertum Schutz gegen die „rote Gefahr" zu suchen, wird es sich auch alle Taten des persönlichen Regiments doch gefallen lassen müssen.

„Der schwerste Schlag."

Der fromme konservative Reichsbote versichert:

Die englischen Enthüllungen, die wir gestern nach dem offiziösen Telegraphenbureau mitteilten und die, wie auch sonst berichtet wird, im ganzen und in der Hauptsache richtig seien, sind für die deutsche Politik ein so schwerer Schlag, wie sie noch kein zweiter betroffen hat. . . . Wird man sich wundern dürfen, wenn jetzt im Reichstag Einrichtungen verlangt werden, welche die deutsche Politik gegen persönliche Neigungen schützen, da die deutsche Nation die Folgen einer fehlerhaften Politik zu tragen hat, und sie seit Jahren trägt?

Doppelte Buchführung.

Die alldeutsche Tägliche Rundschau:

In den Burenkämpfen waren das deutsche Volk und die deutsche Regierung verschiedener Meinung, trieben sie doppelte Buchführung in der Politik. Aber war es nötig, daß der Zwiespalt zwischen Volk und Kaiser so scharf herausgestellt wurde? Hätte ein Deutscher während des Burenkrieges daran denken können, daß, während rings im Lande für die Buren gesammelt und die Burengenerale stürmisch gefeiert wurden, sein Kaiser den Feldzugsplan zur Vernichtung eben dieser Buren ausarbeitete, die er doch durch das bekannte Krüger-Telegramm vom 3. Januar 1896 zum Widerstande ermutigt hatte? Wenn ein Wutschrei aus Südafrika, dem Grenzlande unseres Südwestafrika, dem kommenden holländisch-britischen Staatengebilde, auf diese Enthüllung herübergellt, — was können wir zu ihnen sagen? Für England ist diese Enthüllung Goldes wert; denn sie räumt mit den deutschen Sympathien in Südafrika gründlich auf.

„Die Volksseele" gegen den Kaiser.

Die anti-englische Rheinisch-Westfälische Zeitung:

„So sprach kein Politiker. Es sprach die Gefühlspolitik, auf die wir immer stießen. Auch die Zeiten der Vergangenheit waren besser ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Aufs tiefste aber wird es die deutsche Volksseele treffen, daß sein Kaiser den Kriegsplan ausgearbeitet hat, mit dem das tapfere stammverwandte Burenvolk vernichtet worden ist. Den Deutschen Kaiser als unerbetenen Strategen gegen ein niederdeutsches Volk, das ist ein Bild, das Jahrzehnte nicht verwischen können. Wir können und wollen es trotz der halbamtlichen Verbreitung der Meldung nicht glauben. Denn so hat nie ein Deutscher Kaiser bisher gehandelt, und so darf ein Deutscher Kaiser niemals handeln. Wenn sich die Meldung bewahrheiten, dann müssen wir gestehen, daß wir unsern Kaiser nicht mehr verstehen.

Fehler über Fehler.

Das Berliner Tageblatt sagt:

Wohin man auch blicken mag, überall muß dieses Interview unsre Beziehungen stören, unsre Bestrebungen in ein schiefes Licht rücken, unsre Freundschaft als unzuverlässig, unsre Ziele als irrlichterierend erscheinen lassen. Man wird es kaum jemals so sehr bedauern müssen als in diesem Augenblick, daß der dritte Band der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen noch nicht erschienen ist. Denn es wäre sehr nützlich und lehrreich, einmal nachzulesen, was Bismarck über die direkte Einmischung des Kaisers in die innere und auswärtige Politik zu sagen hat.

•

Das Berliner Tageblatt erfährt an unterrichteter Stelle:

Daß die Veröffentlichung eine Intrige oder eine Indiskretion darstelle, wird hier nicht geglaubt; der Kaiser dürfte die Aeußerung vielmehr in der Absicht getan haben, daß sie der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten bleibt.

Den Loralen wird damit ihre letzte Waffe aus der Hand geschlagen. Nichts mehr vom perfiden Albion, von groben Vertrauensbrüchen! Wilhelm II. hat die Veröffentlichung selber gewollt.

•

Wer hat den Burenkrieg nun eigentlich gewonnen?

Roberts oder Wilhelm II.? Der Daily Expreß erklärt unter Berufung auf einen hohen Militär, daß die englischen Militärbehörden den südafrikanischen Feldzugsplan des Kaisers niemals gesehen haben und daß ein solcher Plan in dem Schloßarchive zu Windsor nicht liegt, auch niemals gelegen hat.

Was hat nun „die verehrte Großmutter" mit den ihr übersandten Papieren getan?

Das Deutsche Reich! Daß Gott erbarm'!

Auf diesen Ton der Kapuzinerpredigt ist der erste Teil der Begründung einer ungewissen Finanzvorlage gestimmt, den die Nordd. Allgem. Ztg. veröffentlicht. Selbst sozialdemokratische Schwarzseher hätten's nicht geglaubt, wie wir auf den Hund gekommen sind.

Die Reichsschulden betrugen: 1880: 267 786 500 Mark, 1908: 4 253 500 000 Mark.

Ausgaben in den letzten acht Jahren 18 Milliarden Mark, eigene Einnahmen 16 Milliarden, ungedeckt (d. h. durch Anleihen aufzubringen oder durch bundesstaatliche Beiträge zu decken) also fast zwei Milliarden!

Zukunftsbelastung der Anleihen 1909—1913: 741 944 000, für spätere Jahre vorbehalten 142 470 000 M. Also außer den 4¼ Milliarden noch 884 Millionen für die Zukunft gesetzlich festgelegte Anleihen.

Zinsen an die Reichsgläubiger: jährlich 160 Millionen Mark.

Sturz der Anleihekurse: von 99,60 Proz. (1895) jetzt 84,20 Proz. (d. i. die 3 prozentige Anleihe). Die 3½ prozentige Anleihe von 105,80 (1905) auf 92,50 jetzt. Selbst die 4 prozentige von 1908 mußte unter Paris begeben werden.

Der Zinsfuß durch Verschlechterung des Reichskredits seit 1905 gestiegen von 3,283 Prozent auf 4,067 Prozent.

Ein im Jahre 1895 in Reichsrente angelegtes Vermögen von 20 000 M. ist jetzt nur 17 000 M. wert.

Ohne Beschaffung neuer Einnahmen würde das Reich in fünf Jahren 8 Milliarden Schulden haben.

Das ist eine vorläufige Blütenlese aus den Behauptungen der Begründung, die zweifellos zunächst den Kredit des Reiches noch verschlechtern wird. Das ist allerdings vorläufig auch das einzige, das sicher feststeht.

•

Die Inseraten- und Reklamesteuer.

Ueber die Hauptpunkte der geplanten Anzeigen- und Reklamesteuer, wie sie sich nach den letzten Beschlüssen des Bundesrats gestaltet hat, veröffentlicht der L. A. folgende angeblich durchaus zuverlässigen Mitteilungen:

Täglich erscheinende Blätter, die eine Auflage bis zu 5000 Exemplaren drucken, zahlen zwei Prozent von den Beträgen, die durch die Inserate bei ihnen aufkommen, doch bleiben hier, wie in allen Fällen, die kleinen Anzeigen, die sich auf Stellengesuche und dergl. beziehen und einen Umfang von fünf Druckzeilen nicht überschreiten, vollständig steuerfrei. Mit der Höhe der Auflage steigt der Anzeigensteuersatz und erreicht bei Zeitungen mit über hunderttausend Abonnenten zehn Prozent. Für Zeitungsbeilagen, die gewöhnlich einen sehr hohen Rabatt genießen und daher einen verhältnismäßig geringen Betrag für die Steuer ergeben, steigt diese bis auf 20 Prozent an. Ebenso werden aus dem entgegengesetzten Grunde die Anzeigen in den wöchentlich nur einmal oder noch seltener erscheinenden Fachblättern entsprechend höher besteuert, da diese Anzeigen gewöhnlich sehr teuer sind. Ursprünglich war vorgesehen worden, den Verlegern für ihre Mühewaltung bei der Erhebung der Anzeigensteuer eine besondere Vergütung zuzuwenden, doch ist man hiervon wieder zurückgekommen und will jene Vergütung den Landessteuerverwaltungen zukommen lassen.

Was die Reklamesteuer anlangt, so werden auch da erhebliche Unterschiede gemacht und ganz besonders hoch die Reklamen in Gestalt von Anschlägen an Mauern, Giebeln, Bauzäunen, aber auch, wie es an manchen Orten üblich ist, an den Zwischenaktsvorhängen in den Theatern und anderen Vergnügungslokalen besteuert. Hier richten sich die Steuersätze nach den Flächen, die diese Reklamen einnehmen, sowie nach der Größe der Stadt. In den Städten über 100 000 Einwohnern sind die Sätze entsprechend höher bemessen. Minder hoch werden die Reklamen an den Anschlagsäulen auf den Straßen besteuert. Geschäftsschilder sind im allgemeinen von jeder Steuer frei, dagegen werden solche Schilder, die einen reklamearti gen Charakter tragen, ebenfalls einer Steuer unterworfen.

Die genaue Regelung einer so komplizierten Steuer wird einen Apparat erfordern, der die zu erwartenden Beträge um wesentliche Teile kürzt. Hinzu kommt noch, daß mit Sicherheit zu erwarten ist, der „Erfolg" der Inseraten- und Reklamesteuer wird von ähnlichen Erscheinungen wie die Fahrkartensteuer begleitet sein: Das moderne Reklamewesen wird in seiner Entwicklung unterbunden und die Hoffnungen auf gewaltige Erträge werden mit einer gr[illegible]hen Enttäuschung enden.

Sechs Sozialdemokraten im niederösterreichischen Landtage.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 27. Oktober.

-th- In Wien und in derjenigen Kurie Niederösterreichs, die ein dem allgemeinen und gleichen nahestehendes Stimmrecht besitzt, wurden gestern die Wahlen vollzogen. Sie brachten den Sozialdemokraten insofern einen Erfolg, als früher ihre Vertretung im Landtage bloß aus einem Mitgliede bestand, jetzt aber aus sechs Mitgliedern bestehen wird. Allerdings ist ein strikter Vergleich nicht möglich, da gegen die vorigen Wahlen durch eine Reform die Zahl der Mandate vermehrt wurde. Ebensowenig bieten aber die Reichsratswahlen ein Vergleichsobjekt, weil zum Landtage drei Jahre Seßhaftigkeit erforderlich, das bedeutet nun nicht nur, was es an sich bedeuten würde: eine starke Verminderung der Wähler, die vorwiegend die Arbeiter trifft, sondern außerdem die Gelegenheit zu dem grandiosesten Schwindel, wie er sonst in ganz Europa nirgends betrieben werden könnte. Es werden nicht nur alle Bürgerlichen — die durch Stellung und Konfession die Wahrscheinlichkeit christlichsozialer Gesinnung für sich haben — ohne Ansehen der erfüllten Bedingungen in die Wahlliste aufgenommen, sondern von den Arbeitern über die Zahl der Unseßhaften Zehntausende aus der Liste ausgelassen, die dann bei der Reklamation den unglaublichsten Schikanen und Betrügereien unterliegen. Soweit sich rechnerisch schon vor der Wahl die Verluste feststellen ließen, ist das, was die Sozialdemokraten einerseits durch die Seßhaftigkeitsbedingung, anderseits durch die betrügerischen Manipulationen — unberechtigte Abweisung von Reklamationen, Herausreklamieren usf. — verlieren, auf ca. 30 000 Stimmen zu veranschlagen. Auch damit kommt man noch nicht an den Kern der Sache. In Oesterreich wird bekanntlich mit der Legitimation gewählt, nicht der Wähler, sondern die Legitimation, das Papier, ist Träger des Wahlrechts. Nun stellt die Post erfahrungsgemäß ungefähr 15 Prozent Legitimationen als unbestellbar an den Magistrat zurück, von denen gut 10 Prozent nicht abgeholt werden, also zu seiner Verwendung bleiben und durch falsche Wähler zu den Urnen getragen werden. Magistrat, Wahlkommission, Polizei, Statthalterei, alles ist christlichsozial und greift mit einer Präzision bei dem Werke des Schwindels ineinander, die jedes Vergleichs spottet. Man wird die Zahl der falschen Wähler mit 20 000 nicht über-, sondern unterschätzen, muß aber noch die Tausende falscher Eintragungen hinzurechnen von Personen, die überhaupt nicht wahlberechtigt sind.

Nun ziehe man noch die Verteilung der Mandate in Betracht. Die innere Stadt und die Wieden mit insgesamt 100 000 Einwohnern zählen zehn Abgeordnete, Favoriten, Ottakring und Floridsdorf, die drei proletarischen Bezirke, mit 360 000 Einwohnern besitzen dagegen nur fünf, oder in der Zahl der Wähler ausgedrückt: Favoriten, Ottakring, Floridsdorf mit 70 000 Wählern haben nur fünf Abgeordnete, innere Stadt, Wieden, Mariahilf, Neubau, Josephstadt, Döbling mit 67 000 Wählern dagegen zwanzig Vertreter. Die christlichsozialen „Wahlerfolge" liegen demnach schon im Wahlgesetz. Als letztes und nicht unwichtigstes kommt hinzu, daß die Tausende städtischer Arbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerken, der Tramway, der Omnibusse, Leichenbestattung, endlich die unmittelbaren Stadtbediensteten — Feuerwehr, Straßenreinigung, Gemeinde- und Schuldiener — mit gekennzeichneten Wahlzetteln und zum Teil unter Kommando zur Wahl gehen. Keine Stadt hat so viel kommunalisiert wie Wien; der Hauptertrag ist aber der Wahlschwindel. Bedienstete, Beamte, zum Teil auch Lehrer bilden zugleich die Bu[illegible] agitatoren. Zählt man all dies in eins und erwägt noch, [illegible] Wirte, Kaffeehäuser und sonstige konzessionierte Gewerbe [illegible] der Stadt direkt in ihrer Existenz abhängig sind, so wird [illegible] den Erfolg der Sozialdemokraten nicht hoch genug [illegible] können. Doch muß die Wahl, die neue unerhörte [illegible] Schwindels aufwies, für die nächsten Reichsratswahlen [illegible] höchsten Gegenleistungen anspornen.

Gewählt wurden in Wien folgende Sozialdemokraten: in Favoriten Pölzer, Dr. Renner; in [illegible] Seber, Volkert; in Floridsdorf Seitz, der [illegible] einzige sozialdemokratische Abgeordnete des Landtags. In [illegible] Landstädten allgemeiner Kurie errang Dr. Renner in einem Wahlkreise, der 64 weit zerstreute Städte, Städtchen und Flecken aufweist, ein zweites Mandat. Dies muß als besondere Leistung hervorgehoben werden, denn gerade in diesen Städtchen, in denen nach der Reichsratswahlordnung die Arbeiter die Mehrheit haben, kommt zu der dreijährigen Seßhaftigkeit noch die Bedingung der Gemeindemitgliedschaft hinzu, die Zahl der Arbeiterwähler auf die Hälfte, ja auf das Drittel zu reduzieren. Nur indem es durch unermüdliche Agitation gelang, auch einen Teil der kleinbürgerlichen Wähler mit zureißen, war der Sieg hier möglich. Allerdings sind in den Kleinstädten die Wählerlisten nicht gefälscht und vor den Urnen erscheint nicht — wie in Wien — ein Zehntel falscher Wähler. Es muß aber hier wie in Wien noch in Betracht gezogen werden, daß sich die Wahlbeteiligung wegen der Wahlpflicht durchaus über 90 Prozent hält.

Deutsches Reich.

Wahlrecht und Armenunterstützung.

Im Bundesrat ist ein Entwurf fertiggestellt worden, der die Bestimmung einigermaßen mildert, wonach der Bezug von Armenunterstützung den Verlust des Wahlrechts nach sich ziehen soll. Von [illegible] wird berichtet, daß Preußen diesem Beispiel folgen wird. Zur Sicherung der Teilnahme an der Dreiklassenwahl ist für [illegible], die die Armenpflege in Anspruch nehmen müssen, allerdings gerade kein Geschenk, auf das man besonders stolz sein könnte.

Zentrum und Reichskanzler.

Die blockfreisinnige Weserzeitung hatte die Behauptung aufgestellt, daß der Reichskanzler gegen den Reichssteuermacher Bülow verstimmt sei, weil Spahn das Zentrum zu früh in seine Pläne eingeweiht habe. Dagegen versichert die Deutsche Tageszeitung glaubwürdig, daß die Zuziehung des Zentrums zu den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform Bülows Wünschen vollständig entsprochen habe.

Herr Schaedler will seine Partei nur interessant machen, wenn er erzählt, Herr v. Schorlemer reise nach Rom in Bülows Auftrag, um das Zentrum Regierungswünschen gefügig zu machen.

Die Friedensboten des Reichskanzlers an das Zentrum haben ihre Mission längst erledigt. Allerdings waren sie nicht in Rom, sondern in Kiel.

Der preußische Staat als Unternehmer.

Seit dem 1. Oktober versieht in Tschöplatz, einer Station der Bahn Neusalz—Sagan, die Funktionen eines Weichenstellers eine Frau, die neben dem eigentlichen Beruf des Weichenstellers auch noch den Fahrkartenverkauf besorgt, die Güter abfertigt, die Büchen führt und die Lokalitäten in Ordnung hält. Für diese gewiß sehr vielseitige Tätigkeit, die von morgens 5 bis abends 7 Uhr dauert, bezieht die Frau, nach dem Geschäftsverein, das fürstliche Gehalt von 1 M. pro Tag. Dabei muß sie noch abends nach 7 Uhr insofern Dienst tun, als sie für Beleuchtung der Station begin, der Weichen sorgt. Wie mag sich die Entlohnung der Frau nach der neuen Besoldungsvorlage stellen?

Ueberfall auf einen Posten.

Metz, 29. Oktober. Im Fort Ferme schoß in einer der letzten Nächte ein Posten vom 98. Infanterie-Regiment auf einen italienischen Arbeiter, der sich auf dem Festungsgelände befand und auf mehrfacher Anrufe nicht stehen blieb. Der Italiener wurde schwer verwundet und später in das Krankenhaus gebracht. Auf den Schuß hin eilte eine Anzahl Landsleute des Getroffenen herbei, stürzten sich auf den Posten und drangen trotz sehr heftiger Gegenwehr mit Messern und Steinwürfen derart auf ihn ein, daß der Soldat tödlich verwundet wurde und inzwischen auch gestorben ist. Die Militärbehörde hatte bisher keinerlei Mitteilungen über den Vorfall in die Oeffentlichkeit gelangen lassen.

Die Gewissenlosigkeit des Reichsverbandes.

Im Sommer 1906 kam die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie auf den Einfall, die Gemeindevertretung von Bant mit Schmutz zu bewerfen, weil in dieser Körperschaft auch Sozialdemokraten tätig sind. Die Reichsverbandskorrespondenz behauptete, daß die Gemeindeverordneten die Sitzungen absichtlich lange hinzögen, weil sie pro Sitzungsstunde 75 Pfg. bekommen. Die Sache rentiere sich gut, denn bei Bier, Schnaps und Wein würde das Geld und Wehe von reichlich 25 000 Menschen verzehrt. In dieser Weise ging es weiter.

Auch das Wilhelmshavener Tageblatt hatte diese Schmutzerei abgedruckt. Am 23. August 1906 nahm es seine Lügenmär zurück, nachdem es vom Gemeindevorsteher von Bant, Brust, eine berichtigende Mitteilung erhalten hatte. Das Wilhelmshavener Tagebl. bemerkte dazu:

„Wir hatten den erwähnten Artikel mit genauer Quellenangabe dem Organ des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie entnommen, von dem wir annehmen mußten, daß seine Angaben den Tatsachen entsprechen. Leider haben wir uns in dieser Annahme getäuscht und können die Wiedergabe dieses Artikels nur lebhaft bedauern."

Die Erwartung, daß dieser Fußtritt eines befreundeten Blattes der Reichsverbandskorrespondenz die Pflichten des Anstandes begreiflich machen werde, hat sich nicht gerechtfertigt. Ende April 1908 brachte diese Korrespondenz die folgende Notiz, die unter anderm von der Badener Zeitung übernommen wurde:

„Direkt spießbürgerlich muten die Gründe an, mit denen die Bant und Stockelsdorf die zielbewußten Umstürzler und überzeugten Materialisten ihren Antrag auf Diäten zu rechtfertigen suchen. Keine Brust verzehrt nämlich seine Pauschaldiäten von 1,50 M. pro Sitzung „nach altem Herkommen und Brauch" beim Rathauswirt, er verschweigt nur, daß jeder, der dieser Oldenburger Sitte (!) frönen will, in die eigene Tasche greifen muß und nicht in den Stadtsäckel; die Stockelsdorfer Genossen fühlen sich sogar „moralisch verpflichtet, in dem Wirtshaus, das den Gemeindevertretern als Sitzungslokal dient, einige Groschen zu verzehren" und belasten mit ihrer Moral die Dorfkasse. Immerhin fällt die ländliche Bescheidenheit der Genossen angenehm auf gegen die städtische Großartigkeit der Bant."

Wie man sieht, hat die Reichsverbandskorrespondenz den Gemeindevorsteher Anton Brust, einen Gegner der Sozialdemokratie, der unseres Wissens der Zentrumspartei angehört, zum zielbewußten Umstürzler" und „überzeugten Materialisten" ernannt und lassen; ebenso läßt sie den Gemeindevorsteher, der keinen Pfennig Diäten erhält, gleich den Gemeindeverordneten 1 M. 50 Pf. Zehrgeld beziehen.

Um den Verfasser der Notiz kennen zu lernen, stellte der Gemeindevorsteher Brust auf Anregung des Gemeindevorstehers Brust. Der verantwortliche Redakteur hat nun den Gemeindevorsteher Brust gebeten, den Strafantrag zurückzuziehen. Dabei teilte er in seiner Entschuldigung mit, er habe die Notiz der Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entnommen und sie darum für wahr gehalten. Eine böse Absicht habe dabei (der naive nationalliberale Redakteur) bei dem Abdruck nicht [illegible]